

Pressemitteilung | 02.10.2018

Der Jahresbericht zur Deutschen Einheit Ein Rechenschaftsbericht, der anscheinend keinen Bereich des deutsch- deutschen Alltags auslöst

Berlin/Leipzig. Akribisch hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in seinem Jahresbericht zur Deutschen Einheit alle Themenfelder des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Miteinanders aufgelistet. Alle – bis auf eines: Beteiligung und Partizipation.

Leser der Lektüre werden sagen, der Beteiligung sei ein ganzes Kapitel gewidmet. Das ist formal richtig. Interessant jedoch ist es, was die Bundesregierung unter Beteiligung versteht – nämlich bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit.

Beteiligung im Sinne der Mitwirkung an Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen zu relevanten Vorhaben und Prozessen über das vorgeschriebene Maß hinaus, z. B. bei Infrastrukturvorhaben, spielt keine Rolle.

Unter zwei Gesichtspunkten überrascht dies. Zum einen wäre es angemessen, würde auf bereits verankerte Rechtspositionen zu Mitbestimmung und demokratischem Mitgestalten hingewiesen. Auch sollte eine Aussage dazu getroffen werden, wie diese Möglichkeiten genutzt werden, wie bekannt und gelernt sie sind, welche Notwendigkeit zum Nachjustieren gesehen wird.

Zum anderen aber – und das ist in Zeiten wie diesen geradezu fatal – fehlt damit jede Ermutigung zur Einmischung, zur Formulierung eines Bürgerwillens beim alltäglichen Handeln von Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Es fehlt der Hinweis auf Dialogmöglichkeiten zwischen Staat und Bürger in diesem wichtigen Feld, an dem Politik – nicht nur, aber eben auch – für viele Bürgerinnen und Bürger erlebbar ist.

Es ist empirisch belegt, dass es hierfür ein starkes Bedürfnis in der Gesellschaft gibt. An vielen Stellen versuchen die Projektträger und die öffentlichen Verwaltungen dem nachzukommen – nicht zuletzt bei der Umsetzung der Energiewende.

Ist dieses Kapitel im Jahresbericht einfach vergessen, dann gehört es nachgereicht.

Manifestiert sich hier eine Sicht, dass Beteiligung ausschließlich die Lücken staatlicher Fürsorge in bestimmten Bereichen zu füllen habe, dann hätte der Ostbeauftragte der Bundesregierung seinen Auftrag verfehlt.

Presse-Kontakt. Für weiterführende Gespräche und Informationen stehen wir den Medienvertretern gerne zur Verfügung:

Hitschfeld Büro für strategische Beratung GmbH
Kickerlingsberg 15
04155 Leipzig
Tel.: 0341.3055850 E-Mail: info@hitschfeld.de

Hintergrund. Hitschfeld Büro für strategische Beratung arbeitet seit 20 Jahren an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Seit vielen Jahren beschäftigt sich die Leipziger Unternehmensberatung auch mit dem Thema Erwerb und Sicherung von Akzeptanz. Das Beratungsunternehmen baut dabei auf verschiedene Instrumente, wie Public Consensus Engineering (PCE) oder das digitalisierte Stakeholdermanagementsystem StakeX. Die Leipziger Berater sind davon überzeugt, dass sich Erwerb und Sicherung von Akzeptanz zunehmend zum entscheidenden Erfolgsfaktor für die Realisierung von Vorhaben entwickeln werden.